

Jeder Mensch hat Rechte – und ist nicht „nur“ arm dran!

von Werner Pieper

Das Bild von Aylan Kurdi, dem toten syrischen Flüchtlingskind am türkischen Touristenstrand von Bodrum, ist zurzeit das Symbol für die 20 Millionen Kinder, die weltweit auf Flucht sind. Davon sind insgesamt etwa 500.000 Flüchtlingskinder aus verschiedensten Ländern in Deutschland. Die Flucht bis hierher war gerade für alte Menschen, Kranke und (Kriegs-)Verletzte, Frauen und Kinder eine unendliche Strapaze. Sie leben nun in provisorischen Unterkünften, an Bahnhöfen im Transit zur Weiterreise.

Auch wenn gerade hauptsächlich der Blick auf den unglaublich grausamen Krieg in Syrien gerichtet ist, sollte auch zur Kenntnis genommen werden, dass es noch eine weitere Zahl an „Brennpunkten“ gibt. So gerät wieder das Horn von Afrika mit Eritrea, Somalia und Äthiopien in den Blick. Ebenfalls verlassen viele Menschen die Länder des Balkans (Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina etc.). Aus dieser Region kommen hauptsächlich Roma. In der weltweiten, realen Flüchtlingsbewegung ist also schon allein durch diesen kleinen Ausschnitt europäischer Fluchtwirklichkeit sichtbar, dass das Bild der Flüchtlinge sehr heterogen ist.



Die Wahrnehmung der „syrischen Flüchtlinge“ in den Medien ist somit eindimensional. Sie transportiert die Redlichkeit der Fluchtgründe, die Emotionalisierung der Not und hat mit dazu geführt, dass eine beeindruckende und beispiellose Bewegung der Ehrenamtlichen und Unterstützer*innen tagtäglich aktiv ist. Neben dem bürgerschaftlichen Engagement vieler wird das Bild des guten Flüchtlings perfektioniert. Jobcenter sollen in Flüchtlingseinrichtungen Büros eröffnen, Mercedes-Benz kündigt an „Headhunter“ ebenfalls dorthin zu schicken, Arbeitgeberverbände begrüßen diesen Zustrom an gebildeten und arbeitshungrigen Asylbewerber*innen; vergleichbar nur mit dem positiven Bild der vietnamesischen Boatpeople vor 40 Jahren.

Ein neues reales Sommermärchen? Dass Engagement soll nicht schlecht geredet werden und die Leistungen von vielen einzelnen Menschen, von engagierten Organisationen und

von politischen antirassistischen Initiativen stehen der gesamten Republik und Hamburg gut zu Gesicht.

„Refugees Welcome“ – und brennende Unterkünfte

Dahinter gibt es aber leider auch eine kritische Seite, die betrachtet werden muss. Neben den beispiellosen humanitären Aktivitäten des Ehrenamtes findet in Teilen der Politik – und in der zweiten Hälfte der Gesellschaft – eine gnadenlose Hetze statt, die darin gipfelt, dass dieses Jahr täglich Häuser angesteckt und Geflüchtete durch die Straßen gehetzt, beleidigt und geschlagen werden.

Das Muster ist seit „Ewigkeiten“ dasselbe. „Das Boot ist voll“; „Es rollt eine Lawine auf uns zu“; „Wir müssen unsere Frauen und Mädchen schützen“. Es ist immer wieder, damals wie heute, von der großen „nicht zu bewältigenden“ Zahl die Rede. Schon 1982 fordert eine *Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung und Beseitigung von Missständen*:

„Stoppt die Fremdenfeindlichkeit durch Einführung einer Ausländerbegrenzung“. Die hessische CDU fordert im Landeswahlkampf 1982 „Problemgruppen zu vermindern“ und die Zahl von 4,7 Millionen Ausländern in Deutschland soll innerhalb von 5 Jahren um eine Million gesenkt werden“. (1)

Ähnlich läuft die Diskussion in Politik und Medien heute. AFD – Hetzer werden von Talkshow-Voyeuren wie Günther Jauch vorgeführt und erhalten ihre Bühne, auf der Sie ihre rassistischen Äußerungen ausbreiten können, der PEGIDA wird eine unvergleichliche Medienpräsenz auf allen Kanälen geboten. Gleichzeitig befeuert die Politik, durch das permanente Herunterbeten von „Flüchtlingskrisen“ und „Lawinen, die auf uns zurollen“ genau diese Befindlichkeiten. Die Geflüchteten werden zur Bedrohung des Staates stilisiert, ja wenn man genauer hinsieht zur Bedrohung der Europäischen Union. Dabei wurde doch nur eines deutlich: nämlich dass die vielbeschworenen humanitären Werte der Europäischen Union wie z.B. Gleichheit und Menschenwürde doch sehr, sehr wenig belastbar sind. Die zweite PEGIDA sitzt auf vielen Regierungsthronen der EU.

Die Geflüchteten werden zur Bedrohung des Staates stilisiert, ja wenn man genauer hinhört zur Bedrohung der Europäischen Union.

Nach den aktuellen grausamen Anschlägen in Paris steht nun wieder eher Kriegsrhetorik und die „Abgrenzung des christlichen Abendlandes“ im Vordergrund, als die Formulierung einer antirassistischen, demokratischen auf Menschenrechte basierenden europäischen Außen- und Innenpolitik.

Gute und schlechte Flüchtlinge ...

Befeuert wird das soeben beschriebene Bild durch die Trennung von „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen. Dafür braucht man die ebenfalls uralte Diskussion um „sichere Herkunftsländer“, um „Wirtschaftsflüchtlinge“ und um „kriminelle Ausländer“.

Es ist wenig überraschend, dass die Roma per se zu unerwünschten Personen erklärt und in das Elend auf dem Balkan zurückgeschickt werden. Hierfür wurde ein spezielles Abschiebelager – in dem abzuschiebende Roma – konzentriert werden. Die aktuelle Lage auf dem Balkan beschreibt Nizaquette Bislimi: In Serbien gibt es 593 Roma-Siedlungen, von denen fast drei Viertel nicht legalisiert sind, allein in Belgrad existieren 137 solcher Lager. Rund ein Drittel dieser Siedlungen habe keine Wasserversorgung und 70 Prozent seien nicht an ein Abwassersystem angeschlossen. „Die gesundheitliche Situation der Roma (ist) besorgniserregend (...) die Kindersterblichkeit unter Roma ist mindestens viermal höher als die des Landesdurchschnitts. (...) Die durchschnittliche Lebenserwartung von Roma-Frauen liegt bei 48 Jahren.“ (2)

Aktuell wird ebenfalls gerade (wieder) die Einordnung von Afghanistan als sicherer Herkunftsstaat diskutiert. Das macht noch einmal die ganze Absurdität der Situation deutlich. Ein Land, das seit den 80er Jahren von Kriegen, schweren militärischen Auseinandersetzungen, Menschenrechtsverletzungen und rechtlosen Perioden gekennzeichnet ist. Seit fast 40 Jahren.

Kinder und unbegleitete Minderjährige

Die humanitäre Situation der Geflüchteten insgesamt ist unakzeptabel. Am allermeisten die der Kinder und der „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ (UMF). Vor guten 15 Jahren wurden die letzten Einrichtungen für UMF geschlossen. Die

Appelle, das Knowhow nicht verloren gehen zu lassen, blieben damals ungehört. Die Zahl der UMF in Hamburg ist seit 2008 wieder gestiegen. In 2014 waren es bereits über 800 UMF. (3) Diesem Anstieg wurde zu wenig Rechnung getragen.

Wenig von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde die Tatsache, dass ein ausgefeiltes System des Clearings, der weiteren Zuständigkeiten und der Vormundbestellung abgeschafft wurde und seit wenigen Jahren aus einer Hand vom Landesbetrieb umgesetzt wird. So hat man von außen Zweifel an der Umsetzung des Artikels 22 der UN-Kinderkonvention, nachdem jungen Flüchtlingen angemessener Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Rechte erhalten sollen. Vorrangig scheint es um Effizienz und Abwehr zu gehen, weniger um das Kindeswohl.

„In Hamburg fehlt ein Gesamtkonzept“

„In Hamburg fehle ein Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung von der Aufnahme bis zur Integration in Mietwohnraum“ beklagen die Unterzeichner des Brandbriefes von Fördern und Wohnen im Oktober 2015. Auf diese schlichte Formel ist die Tatenlosigkeit des Hamburger Senats, und zwar nicht nur die aktuelle, sondern über viele Regierungen und Parteikonstellationen hinweg, zu reduzieren: Von braun-schwarz, über schwarz-grün und rot-grün bis zur SPD-Alleinregierung – mit Ruhm hat sich in den letzten 15 Jahren in dieser Hinsicht niemand bekleckert, lieber redet man sich eine weiße Weste auf den Leib.



Anmerkungen:

- 1) Vgl. H. Spaich: Asyl bei den Deutschen, Hamburg 1984.
- 2) Vgl. N. Bislimi: Durch die Wand, Köln 2015.
- 3) Vgl. C. Gunßer: Fluchtpunkt Deutschland – unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF) – was nun?! 6. Jugendhilfe-Fachtagungen im SRH Berufsbildungswerk Neckargemünd am 18.06.2015.



Werner Pieper

ist Dipl. Sozialpädagoge und war 18 Jahre in der Sozialarbeit mit Minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen tätig, danach 10 Jahre beim PARITÄTISCHEN Hamburg. Jetzt ist er Geschäftsleiter eines Kita-Trägers in Köln.